

Mutige Schritte statt Wanken unter Druck*

Die Ankündigung der Schweiz, die OECD-Standards zu übernehmen und auch bei Steuerhinterziehung Amtshilfe zu leisten, ist ein historischer Dammbbruch. Jahrelang hatte die Schweiz durch ihre Blockadehaltung die Anstrengungen der OECD hintertrieben. Doch die Schweiz versucht weiter auf Zeit zu spielen und will den Informationsaustausch erst nach der Neu-Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen gewähren.

Amtshilfe soll es auch danach nur geben, wenn der Namen des Kunden und die Bank genannt werden. Doch diese genauen Informationen fehlen ausländischen Steuerbehörden häufig, auch wenn sie einen begründeten Verdacht haben, dass jemand Steuern hinterzieht. Und im Schweizerischen Rechtshilfegesetz ist weiterhin explizit festgehalten, dass die Schweiz bei Steuerhinterziehung keine Rechtshilfe leistet. Noch immer hat sich in der Schweizer Politik die Erkenntnis nicht durchgesetzt, dass es sich bei der Steuergerechtigkeit gegenüber andern Ländern nicht um eine taktische, sondern um eine sozialetische Frage handelt. Unabhängig davon, welche Interessen diejenigen verfolgen, welche Druck auf die Schweiz ausüben.

Die Entwicklungsländer verlieren laut einer Schätzung der Erklärung von Bern jährlich allein durch Steuerflucht in die Schweiz 5,4 bis 22 Milliarden Franken, ein Vielfaches der Entwicklungshilfe. Sie profitieren aber kaum von der Übernahme der OECD-Standards. Viele Entwicklungsländer haben gar kein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz und natürlich werden jetzt zuerst die Abkommen mit den mächtigen Industriestaaten neu verhandelt. Die Ausdehnung der Zinsbesteuerung, die bisher nur für EU-Länder gilt, auf Entwicklungsländer wäre zumindest ein erster Schritt.

Aber auch diese mit der Verrechnungssteuer vergleichbare Lösung gibt keinen Aufschluss über die Höhe der in der Schweiz angelegten Vermögen. Wir fordern deshalb gerade für die Entwicklungsländer den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden. Denn die Milliarden, die Entwicklungsländern heute jährlich durch Steuerflucht auch in die Schweiz entgehen, sind dort für Investitionen in Bildung, Gesundheit und Bekämpfung der Armut dringend nötig.

Andreas Missbach, Erklärung von Bern

* Dieser gekürzte Beitrag erschien in voller Länge in der Juni-Ausgabe des Magazins „Die Volkswirtschaft“.